

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkundigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal Mk 2 (ohne Postgeld), bei Zustellung unter Kreuzband Mk 2,40

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 A für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum berechnet

Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie.

Kollege A. Winnig schreibt uns aus seiner Garnison: In diesen Tagen sind die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie versammelt, um über die Krisis zu beraten, die sie jetzt bis ins Innerste erschüttert. Die Arbeiterorganisationen des deutschen Baugewerbes haben stets in der Sozialdemokratie ihre politische Vertretung gesehen und ihr in guten und schlechten Tagen gefolgt. Darum kann uns auch ihre heutige Lage nicht unberührt lassen; sie muß uns vielmehr tief bewegen. Nie hat uns die blutleere Redensart von der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften abhalten können, das Wert der Sozialdemokratie nach dem Vermögen zu unterfragen: alle formalen Bedenken konnten bei uns nicht gegen die Überzeugung auskommen, daß die Massenorganisationen der Arbeiterklasse — und das waren und sind die Gewerkschaften — die enge und vielfältige Verknüpfung zwischen Arbeiterwohl und Politik nicht übersehen dürfen, und daß das politische Heil unserer Klasse nur in kraftvoller Selbstständigkeit ihres politischen Auftretens liegt. In diesem Geiste hat unsere Verbandsleitung immer gewirkt. Wer sich aber so für eine Sache einsetzt, der kann sich dabei nicht bloß auf die äußeren Umstände ihres Wirkens beschränken, der muß vielmehr, indem er ihr inneres Leben miteilt, auch dieser Seite des Parteilebens volle Teilnahme entgegenbringen. Es ist darum nicht unerwünschte Kenntnisnahme, wenn wir auch heute, in der schwersten Zeit, die das historische Schicksal der deutschen Sozialdemokratie auferlegt, die Meinungen äußern, zu denen wir als verantwortliche Mitglieder der Arbeiterbewegung gekommen sind. Ja, es ist nicht zuviel gesagt, wenn wir das als unsere Pflicht bezeichnen. Was heute der große Streitpunkt innerhalb der Partei ist — die Summe der tatsächlichen Fragen, die durch die Politik des 4. August aufgeworfen und entstanden ist —, steht in innerem Zusammenhange mit dem ganzen Wesen der Gewerkschaften. Der 4. August wäre ohne die gegebene Weisheit unserer Gewerkschaften kaum möglich gewesen. Denn die Politik, die sich in dem Worte vom 4. August ausdrückt, ist ökonomisch und geistig, nicht zum letzten, durch die Gewerkschaften vorbereitet worden. Unsere erfolgreiche Arbeit für den wirtschaftlichen Aufstieg unserer Klasse und unser mit unsern Organisationen wachsender Einfluß auf das geistige Wesen der Arbeiterbewegung haben uns in dem Fundamente geschaffen, auf dem sich die Politik des 4. August erheben konnte. Indem wir so für diese Politik in hervorragender Umfange mitverantwortlich sind, haben wir somit auch die Pflicht, uns zu dieser Verantwortlichkeit zu bekennen.

Wir aber wollen und können diese Verantwortung vor der Gegenwart und vor der Geschichte tragen. Was bedeutet überhaupt im letzten Grunde die „Politik des 4. August“? Es ist nicht nebenbei, diese Frage zu beantworten. Denn wie so manches andere Wort so ist auch dies zum Schlußwort erklärt und von den Gegnern der Sache, die es deckt, zum Schlagwort gemacht worden. In dessen gilt auch in diesem Falle die alte Erfahrung, daß ein zuerst gutes Schlagwort durch überreichen Gebrauch das Gegenteil von dem bewirkt, was es eigentlich sollte, indem es einen Begriff, den es klar und knapp wiedergeben soll, verzerrt und verwirrt, so daß sich dann schließlich jeder bei dem Schlagworte denken kann, was er will. Will man aber den reinen und ursprünglichen Begriff der Politik des 4. August haben, so muß man bei der Sache bleiben, die diese Politik begründete. Und was war diese Sache? Die deutsche Arbeiterklasse und ihre Vertretung stellten sich am 4. August 1914, als Deutschland von einer übermächtigen Koalition angegriffen wurde, auf die Seite ihres Landes. Und der Sinn dieser Handlung? Sie selbst war sicherlich nicht ein Ergebnis langer und abgeschlossener Erwägungen. Die tragischen Ereignisse überfielen sie und ließen kaum Zeit zu einem kalkulieren in ungelöbter Ruhe. Aber gleichwohl war sie nicht zufällig aus dem Nerven geschüttelt. In Millionen von Hirnen hat es in

jenen Tagen gewaltig gearbeitet. Ein unerhörtes Ringen vor Gedankenreihen, von Stimmungen und Vorstellungen hat sich damals millionenfach abgepiekt. Die Seelenkämpfe, die Konrad Haenisch in seinem Kriegsbüchle so ausdrücklich und anschaulich schildert, haben uns alle in gleicher Stärke erschüttert. Wenn in diesen millionenfachen Kämpfen schließlich der gleiche Gedanke siegte, so ist das eine Erscheinung, die keinerlei moralischer Wertung unterliegt, von der man also nicht sagen kann, ob sie gut oder schlecht war, man hat sie einfach als eine geschichtliche Tatsache hinzunehmen. Ihr Sinn aber war der Ausdruck der Überzeugung, daß das wirtschaftliche und politische Deutschland die gegenwärtige und künftige Grundlage alles Lebens der deutschen Arbeiterklasse ist. Es gibt keinen andern Sinn des Verhaltens der Arbeiterklasse.

Wenn man nicht hundertfach Gesagtes wiederholen will, so braucht man kein Wort daran zu wenden, um diese Überzeugung zu rechtfertigen. Die Interessengemeinschaft aller Klassen der Nation in der Behauptung der nationalen Wirtschaftsmacht ist in der Tat eine so ehrene Wirklichkeit, daß nur der verbohrene Ignorant sie leugnen kann. Es ist darum ganz natürlich, daß die Opposition in der Sozialdemokratie um diese Interessengemeinschaft herumgehört wie die Rabe um den heißen Brei. Leugnen können sie selbst die geistig bedeutenen Führer der Opposition nicht, aber sie erkennen sie auch nicht an — sie übersehen sie. Ihr Kampf gegen die Politik der Parteimeinigkeit bewegt sich darum in erdenträchtigen Bahnen. Ohne nähere Nachweise sehen sie für die Arbeiterklasse eine Stellung voraus, in der sie von all den großen Fragen der Weltwirtschaft und Weltpolitik unberührt bleiben und folgern aus dieser unbewiesenen und unbeweisbaren Annahme, daß die Arbeiterklasse ihre Politik ganz unabhängig von den Interessen des Volksganges bestimmen müsse.

So angenehm es in die Ohren klingt, wenn man von der eigenen, selbständigen und unabhängigen Politik der Arbeiterklasse spricht, so schnell stellt es sich als leerer Geruch heraus — nämlich, wenn man zu wissen verlangt, worin diese eigene Politik der Arbeiterklasse bestehen soll. Es gibt hier nur ein unbarmherziges Entweder — oder. Entweder man hält auch für diese Politik die Verteidigung der nationalen Wirtschaftsmacht für angemessen, und dann muß man auch die Mittel dazu wollen und kann nicht den Massenstreik fordern, der die Verteidigung lahmlegen müßte — oder man muß die Verteidigung verneinen und hat sich dann nach Maßgabe seiner Kräfte zu entscheiden, ob man sich mit einem schweigenden Geschehenlassen begnügen oder zu Taten übergehen will. In dem einen Falle befindet diese „eigene Politik“ der Arbeiterklasse in ohnmächtiger Selbstauschaltung — wozu man wahrhaftig keine Partei nötig hätte; im zweiten Falle, nämlich wenn man in der Verneinung der Verteidigung zu weit ginge, sie durch Massenaktionen zu führen, wäre es politischer Selbstmord. Man kann das Wort von der eigenen Politik der Arbeiterklasse wenden, wie man will, es bleibt nie etwas anderes übrig als eine tönende Pflanze. Und doch ist dies das Fische, was die Opposition bisher an kritischen Leistungen vollbracht hat. Denn was dann noch übrig bleibt, sind entweder sehr schöne moralische Betrachtungen über die Verantwortlichkeitsfrage des Krieges, oder ist höchst subalternes Gerede über die Schulfrage (hier ist das Spezialgebiet des Genossen Bernstein), oder ist schließlich ein wüdes Schimpfen über Parteiovertat und ein papageienhaftes Wiederholen abgehandelter und unverständlicher Formeln.

Man mag indessen die geistige Mäßigkeit des Standpunktes der Opposition so bindig darten, wie es immer möglich ist, so bleibt es doch dabei, daß diese Opposition das Parteigeist bedenklich gelockert hat. Allerdings ist das nicht ausschließlich ihr Wert; die mit der Länge des Krieges wachsenden wirtschaftlichen Beschwerden und der immer mehr wachsende seelische Druck haben für sie gearbeitet, indem sie eine starke Friedenssehnsucht entließen ließen, der die Kritik der Opposition entgegenkommt. Willst du läßt die Reichskonferenz die Stärke der Opposition erkennen.

Die Bedeutung der Konferenz geht weit über die aller vorausgegangenen Parteitage hinaus. Die künftige Politik

der Partei steht nun unerbittlich zur Entscheidung. Man mag noch so sehr beteuern, die Konferenz solle keine bindenden Beschlüsse fassen, so bleibt es doch dabei, daß ihre Entscheidungen die Art der weiteren Taktik bestimmen werden. Sonst wäre sie auch überflüssig. Aber indem sie erneut über das Verhalten der stärksten deutschen Partei entscheidet, gewinnt sie auch eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für das ganze Volk und für den Ausgang des Krieges. Ein Sieg der Opposition wäre ebenso schlimm wie eine große militärische Niederlage. Die Feinde nähren ihre Hoffnungen auf den Sieg nicht zum wenigsten mit der Spekulation auf ein schnelles der Unzufriedenheit im deutschen Volke. Dort kann man gar nicht begreifen, warum hier nicht schon längst die Revolution ausgebrochen ist, und die französischen Sozialisten, die erst in den allerletzten Tagen die erforderlichen neuen Kriegskredite einstimmig bewilligt haben, wissen uns keinen schwereren Vorwurf zu machen, als den, daß wir noch immer nicht bereit sind, den deutschen Truppen mit der Revolution in den Rücken zu fallen, damit den Regierungen der Entente die Hand zu reichen.

Die letzten Monate brachten Deutschland und seinen Verbündeten neue gewaltige Erschwerungen ihrer Lage. Die neu aufgestellten russischen Millionenheere drücken den Südrücken der Diktator tief ein. Das Massenaufgebot der Engländer und Franzosen warf sich mit unerhörter Macht auf die deutschen Linien im Westen. Da schloß sich auch nach zwei Jahren des Jährens Rumänien den Feinden an. In alledem sah es mit unserer Verfassung mit Aufbruchsmitteln täte aus. Es waren hochernste Wochen. Selbst denen, die bis dahin am unerschrockensten getauert und getaumt hatten, Deutschland führe doch einen Eroberungskrieg und hätte den Frieden längst haben können, wenn es nur auf seine Eroberungspläne verzichtet wolle, ging da die Luft aus. Es ist wieder heller geworden. Die Ereignisse auf dem Balkan zeigen die Zentralmächte noch in ihrer alten Stärke. Eine neue große Hoffnung unserer Feinde ist dabei, zu Scham zu zerrinnen. Da möchte ihnen ein Sieg der Opposition in der deutschen Sozialdemokratie gerade recht kommen. Aber sie werden diese Freude nicht erleben. Die Führer der Opposition mögen sich noch so sehr als Wortführer der Masse fühlen — sie sind es nicht. So stark der Wunsch nach Frieden in jeder Brust brennt, so würden sich doch die Massen des Volkes mit Entrüstung gegen jeden wendenden, der ihnen zumutete, den Frieden durch die Rahmung der Verteidigungskraft zu erzwingen.

Von diesem Geiste wird sicherlich auch die Reichskonferenz der Sozialdemokratie erfüllt sein. Je entschiedener sie ihn ausspricht und betätigt, um so besser für das Volk, um so besser für die Sache des Friedens.

Gewerkschaftsunterstützung und Krankengeld.

Nach § 573 der Reichsversicherungsordnung muß Unfallbeschwerden vom Beginn der fünften Woche nach dem Unfall bis zum Ablauf der dreizehnten Woche das Krankengeld auf mindestens zwei Drittel des möglichen Grundlohnes erhöht werden. Der Absatz II des gleichen Paragraphen bestimmt, daß, wenn der Versicherte außer von seiner Krankenkasse gleichzeitig auch aus „einer andern Versicherung“ Krankengeld erhält, die Krankenkasse ihre Leistung so weit zu kürzen hat, daß das gesamte Krankengeld des Versicherten den Durchschnittsbetrag seines täglichen Arbeitsverdienstes nicht übersteigt. Schon seit Jahren bemühen sich gewisse „Sozialpolitiker“, auch die Gewerkschaften zu „Versicherungen“ im Sinne des Gesetzes zu stampeln. Sie erstreben damit die Anrechnung der Krankenkassenunterstützung, die Gewerkschaftsmitgliedern von ihren Verbänden erhalten, auf das gesetzliche Krankengeld. Tatsächlich hat das Reichsversicherungsamt gegen Ende des Jahres 1914 in diesem Sinne entschieden. Wegen der Entscheidung erhob sich damals in den Gewerkschaften ein Sturm der Entrüstung. Man machte auch vor dem Reichsversicherungsamt geltend, die Entscheidung sei gesetzwidrig; die Mitgliedschaft bei den Gewerkschaften sei keine „andere Versicherung“ im Sinne des Gesetzes; denn

hat die Wa
Sache in den
einen Bewe
nur dann zu
steuere Rolle
praktische Ge
von dem Wer
aufmerksam
Landbesitzg
hieron un
ng der Sache
gottig briefl
schließen. Die
eine Konkrete
in vom
e ist von dem
das Schicks
Nichtung nicht
erzürnen er
it. Bestim
von diesem
als zurück
der Partei
das Schicks
die Mensch
den Hinweis
die Parteien
on dem ersten
eren Termine
fändel, so si
te leicht über
Terminis zu
cht ist kosten
Vertreter
gen gewährt
es Tages der
oben und den
erschienenen
eter beramt
richtigungen.
gerichtig ist:
age 11, 2. U.
orshänder.
Mitglied
ter von
Peter
hren an
Mitglied
hren an
eb Karl
manns-
eiden.
er treues
lter von
Mitglied
ter von
e. Sep.
Thiem
venden.
Zugern
Lungen
Her
im Alter
— Am
reodor
hren an
ch unter
im Alter
stark der
Medici
fen und
Nahen.
e Kollege
ter von
Mitglied
ter von
Kollege
ter von
ter stark
teur) im
entfenden.
Helm
im Alter
Mitglied
ter von
st stark
terer) in
burg.



terete die Regierungen beanlassen, eine gerechtere Verteilung der noch vorhandenen Nahrungsmittel herbeizuführen, das Beste festsetzen, die es auch den Winterbedürfnissen ermöglichen, seinem Körper die zur Erhaltung nötigen Lebensmittel zuzuführen. Was gerechter Verteilung der Lebensmittel und einer gerechten Politik wird es auch möglich sein, mit dem Wenigen auszukommen.

H. W. A. H., Dresden.

Rückertung der Zeuerungszulagen.

Nach der „Baugewerkszeitung“ hat der Arbeitgeberverband auf seine Eingaben um Rückertung der Zeuerungszulagen, soweit diese bei Uebernahme der Arbeiten noch nicht vorwärts zu sein waren, am 11. September vom Unterrichtsdepartement des Reichsministeriums folgende Antwort erhalten, auf der hervorgehoben wird, daß die Wünsche des Arbeitgeberverbandes erfüllt worden sind.

Auf die Eingaben vom 21. Juli und 19. August 1916 wird dem Arbeitgeberverband ergeben mitgeteilt, daß an die Dienststellen der Herabverwaltung eine Verfügung im Sinne der Verhandlungen vom 29. Juni 1916 im Reichsamt des Innern ergangen ist.

Die Stellenbauten usw. haben nötige Anweisungen erhalten über die Behandlung der von den Unternehmern gestellten Vordrucke auf Erstattung der gestellten Lohnaufträge. Bei Prüfung der Frage, ob ein Unternehmer durch Zahlung der Zulage zu Schaden gekommen ist, soll auch dann ein Schaden anerkannt werden, wenn das finanzielle Ergebnis des Geschäftes keine angemessene Entschädigung für die persönliche Mitarbeit des Unternehmers enthält. Ob der Erfolg des Geschäftes als ein Gebot der Billigkeit erscheint, ist danach zu beurteilen, inwiefern der Unternehmer infolge des Schadens in seiner gesamten wirtschaftlichen Lage geschädigt ist.

Den Aufstufungsbehörden usw. ist nahegelegt worden, die beiden Fragen nach dem Schaden des Unternehmers und den sich daraus für ihn ergebenden Folgen nach billigen Ermessen und mit von Eingangszeitlich freien Wohlwollen zu prüfen. Geht es um beherrschende Anteile, so ist der Unternehmer einen Nachschußanspruch auf Erstattung der Zeuerungszulage hat — z. B. wenn die Ausübung der Vertragsarbeiten durch den Behörden zu vertretenden Umständen verzögert worden ist.

Der Streit als letztes Mittel.

Zu dieser Notiz in letzter Nummer ist nachzutragen, daß der Streit der 30 000 Bauarbeiter nach vierjähriger Dauer mit vollem Erfolge beendet werden konnte. Ein Weisung nach dem anderen bewilligte den tarifmäßigen Zuschlag. Der Bauarbeiterverband von Strauß und Umgebung erklärte dann ebenfalls durch Unterschrift, daß er die Zeuerungszulage vom 1. September an bewilligte. Die Arbeit ist am 14. September wieder aufgenommen worden. Am 24. mußten die Qualitäten bewilligt werden. Sie haben aber gesagt, daß sie auch während des Krieges nicht genügt sind, sich von den Unternehmern alles gefallen zu lassen. Dieser gute Geist sollte in der Organisation allenthalben herrschen.

Fremdgeführte und Freiheitsbrüder

haben sich, wie dem Verbandsvorsitzenden aus Düsseldorf mitgeteilt wird, dort in neuerer Zeit wieder recht rühmlich betätigt. Nicht so, wie man sich bei den Wählungen verhalten muß, sondern man ist auch auf die Arbeitsebene getreten und hat dort die Privilegien fortgesetzt. Unser Düsseldorf Zweigverein, der natürlich dieses Treiben nicht stillschweigend dulden kann, hat mit den beiden sich bekämpfenden Gesellschaften eine Sitzung abgehalten, in der auch der Vertreter des Zimmererverbandes anwesend war. Die Freiheitsbrüder erklärten sich dort bereit, die Streitigkeit endlich zu beenden; die beiden feindlichen Gesellschaften der Zimmerer haben auch vereinbart, überall dorthin einzutreten, daß die Ruhe gewahrt werde. Die „fremden“ Maurer gaben keine verbindliche Erklärung ab. Man will anstreben abwarten, wie die Gesellschaften in den anderen Städten entscheiden. Sollte keine Einigung erzielt werden, so wird unser Zweigverein Düsseldorf die Hebelkräfte unweigerlich aus dem Verbandsausschüssen, wie das der Verbandsvorsitzende schon vor einigen Jahren empfohlen hat.

Läppische Vorwürfe gegen Gewerkschaft

erhebt der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 10. September die „Baugewerkschaft“ halte in zwei Nummern über die Erfahrungen berichtet, die der christliche Bauarbeiterverband mit seinen von Herabverwaltung entlassenen oder zur Arbeit rekrutierten Mitgliedern gemacht hat. Diese Erfahrungen sind sehr unangenehm, und die „Baugewerkschaft“ (Läppische) das Verhalten der betreffenden Leute mit kräftigen Worten. „Am allerbedenklichsten und bedauerlichsten — so heißt es da — ist und bleibt, mit ganz geringen Ausnahmen, die Haltung der Arbeitslosen gegenüber den Mitgliedern. Die Furcht, der nicht ganz richtigen Verhältnisse eingezogen zu werden, ist die Ursache ihres hundertfachen Benehmens. Natürlich sind sie der Meinung, daß ihre Verbandszugehörigkeit als Stein des Anstoßes in den Augen des unternehmensgelenken Komitee. Aber über diese noch über alle anderen, die die jetzige Zeit für ein günstiges halten, um den Verbandsvorsitzenden zu lesen, wollen wir ein weiteres Wort verlieren. Die Zeit wird kommen, wo anders mit ihnen gerechnet wird.“ Weiter weist die „Baugewerkschaft“, genau so, wie wir das nun schon seit zwei Jahren tun und wie das noch alle Gewerkschaften tun, darauf hin, daß die Arbeiter ihre Gewerkschaften nach dem Kriege wichtiger als je brauchen, weil sie die gesammte Kaufkraft ihres Lohnes wieder haben müssen und weil sie dabei auf den stärksten Widerstand des organisierten Unternehmertums stoßen werden. Solche Ausstellungen eines „christlichen“ Gewerkschaftsverbandes gegen seinen eigenen Verband, die Haltung der christlichen Gewerkschaftsbewegung gegen den christlichen Gewerkschaftsverband, die Haltung der christlichen Gewerkschaften gegen die sogenannte „Gewerkschaftsneutralität“ machen kann nur ein Mensch, der entweder von den freien Gewerkschaften absonderlich feindlich ist, oder aber, der feindsichtig behauptet ist und jede passende und unpassende Gelegenheit benutzt, um den verhassten „Gewerkschaftsführern“

eines auszuweichen. Im „Vorwärts“, der sich bekanntlich zuerst als Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft gebildet, treibt anheimelnd sich ein Geselle sein Unwesen. Da er vermutlich so laut ist, die Wähler der freien Gewerkschaften zu lesen oder sie auch nur durchzuführen — obwohl er als gewerkschaftlicher Hebel einer sozialdemokratischen Partei dazu verpflichtet wäre —, so kann er natürlich nicht wissen, daß unsere Gewerkschaften schon lange vor der christlichen „Baugewerkschaft“ in ähnlicher Weise wie diese über denselben Gegenstand geschrieben haben. Und da er auch zu denen gehört, die in der Aufhebung der Gewerkschaftsmitglieder gegen die Gewerkschaftsleistungen ihre Aufgabe sehen, so kam es ihm sehr gelegen, daß das sozialdemokratische Pressebureau einen Artikel mit Auszügen aus der „Baugewerkschaft“ veränderte. Er druckte den Artikel des Pressebureaus nicht ab bis auf den Schlussatz, der also lautete:

„Mehr an Klassenempfinden, als hier in den Spalten eines „christlich-nationalen“ Gewerkschaftsblattes zutage tritt, kann man kaum verlangen. Wie hatten die Gründer dieser Verbände sich doch so ganz anders gebahnt, und was hat man nicht alles gegen die bösen freien Gewerkschaften zusammengebracht und geschrieben, weil sie stets auf dem Boden berechtigten Erkenntnis geknauert haben, die den „Christlichen“ mit der Zeit durch die harten Tatsachen gegen ihren Willen eingeleitet worden ist.“

Diese objektiven und vernünftigen Sätze des Pressebureaus paßten dem „Vorwärts“-redakteur nicht; er strich sie deshalb fort und ersetzte sie durch folgende läppische Geheißel:

„Wann hätten die Gründer der christlichen Gewerkschaften, die bekanntlich mit ihren Gründungen ein Gegengewicht gegen die freien Gewerkschaften schaffen wollten, je gedacht, solche Neigungen in einem christlichen Gewerkschaftsorgan zu finden? Andererseits könnte man in die Beschreibung derer, die zumeist den Einfluß der christlichen Gewerkschaften in das Wesen des Kapitalismus mit jener Harmonie und Hoffnungsfreudigkeit zu vergleichen, die in die Bureaukratie der freien Gewerkschaften ihren Eingang haben lassen. Wenn sie vollständig von diesem Bereich Abstand nehmen, so nur deshalb, weil noch abzuwarten ist, ob die christlichen Gewerkschaften aus ihrer sozialen Einseitigkeit auch politisch die nötigen Konsequenzen zu ziehen bereit sind, und weil andererseits die Kurzsichtigkeit jener Politik zu evident ist, die von den gewerkschaftlichen Führern der freien Gewerkschaften mit so unrichtigen Gesir betrieben wird.“

Der „Vorwärts“ will mit diesen Sätzen bei seinen Lesern offenbar den Anschein erwecken, als ob die christlichen Gewerkschaftsführer (ohne Gänsefüßchen) eine bessere Einsicht in das Wesen des Kapitalismus hätten als die gegenwärtigen Führer der freien Gewerkschaften (mit Gänsefüßchen), die als „Bureaukratie“ bezeichnet werden. Unsere schwedischen Klassenkämpfer werden, die Harmonie und Hoffnungsfreudigkeit verfallen und die eine Politik treiben, deren Kurzsichtigkeit evident ist. Es fehlt nun bloß noch, daß der „Vorwärts“ seinen Lesern die christlichen Gewerkschaften an Stelle der harmoniebefreien freien Gewerkschaften ausdrücklich empfiehlt!

Internationale Bauarbeiterbewegung.

Ein Maurer als Senator.

Eine besondere Ehrung hat kürzlich der Vorsitzende des schwedischen Maurerverbandes, unser Kollege Nils Persson, erfahren. Er wurde von der Stadt Malmö als Senator in die erste Kammer des schwedischen Reichstages gewählt. Vorher war die Stadt in der ersten Kammer durch zwei Konservative vertreten, jetzt sendet sie einen Konservativen und einen Sozialdemokraten hinein. Mitglied der zweiten Kammer war Nils Persson schon seit mehreren Jahren. Unsere schwedischen Kollegen werden gewiß darüber erfreut sein, die Tüchtigkeit ihres Verbandsvorsitzenden in dieser Weise anerkannt zu sehen. Auch wir freuen uns über die Wahl Perssons und wünschen ihm zu seinem neuen Amte Glück.

Frankreich.

vd. Noch immer liegt die Bautätigkeit in Frankreich sehr darnieder, und vor Einstellung der Feindseligkeiten rechnen weder Arbeiter noch Unternehmer mit einer wesentlichen Veränderung dieser Lage. Die augenblicklichen Arbeiten, die trotz des Krieges ausgeführt werden, bestehen fast ausschließlich in „Kriegsloferungen“, d. h. sie beschränken sich auf Erweiterungs- und Neubauten industrieller Unternehmungen, die Kriegsmaterial herstellen, und der Erstellung von Arbeiterwohnungen in der Nähe dieser Betriebe. An größeren aulden Unternehmen im Bauwesen ist eigentlich nur die Weiterführung der Arbeiten am Kanal von Roye zu erwähnen, nach dessen Fertigstellung Marseille mit seinem Hinterland einen bessern schiffbaren Verbindung erhielt. Diesem wirklich großartigen Unternehmen, das mit einem Kostenaufwande von 80 Millionen Frank gebaut wird und das den letzten Teil eines Nordstikalsystems darstellt, wird trotz des Krieges weitergeführt. Sonst ruht fast gänzlich die Weiterführung begonnenen Neubauten. — Dem Stillstand im Gewerbe entspricht im allgemeinen ähnlich der Reihe in den einzelnen Ortsvereinen des französischen Bauarbeiterverbandes. In den größeren Städten ist es zwar möglich, einigermaßen besuchte Mitgliederversammlungen zu veranstalten und für einzelne Berufs- oder Lohnerhöhungen zu erreichen. In den Kleinstädten und auf dem ländlichen Lande aber ruht die gewerkschaftliche Tätigkeit fast gänzlich. An zentralen Verhandlungen des Bauarbeiterverbandes mit der Baunotenormorganisation ist bei den eigenartigen Verhältnissen in französischen Gewerkschaften nicht zu denken. So sind die drei zersplitterten Fachvereine der einzelnen Ortsvereine auf ihre eigene Kraft angewiesen. Hier und da ist es infolge der außerordentlichen Vertonung der Lohnhaltung gelungen, den Unternehmern einige Zugeständnisse abzurufen. So erhalten die Erdarbeiter von Paris, Bordeaux und Valence 8 1/2 die Stunde mehr. Die

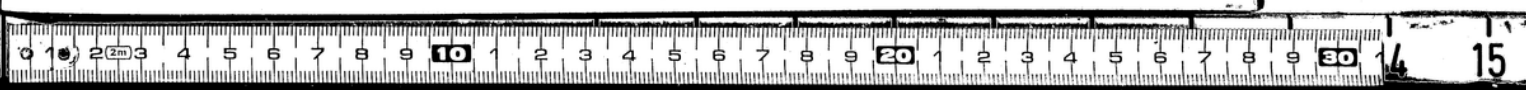
Maurer von Vienne und die Dachdecker von Rennes erzielten eine Lohnerhöhung von 4 1/2 die Stunde. Außerdem werden kleinere Lohnerhöhungen bei den Maurern und Erdarbeitern von Lyon und Besancon sowie den Steinsetzern für die Leitung des französischen Bauarbeiterverbandes, die Organisation trotz des Krieges aufrecht erhalten, sind ganz außerordentlich. Mangelnde Finanzmittel erlauben auch heute nur eine ganz seltsame Herausgabe der Verbandszeitung. Diese erscheint alle drei Monate nur einmal und ist so ein ganz unzureichendes Bindemittel für die Verbandsmitglieder. Infolge der fehlenden Unterstützungseinrichtungen in den französischen Gewerkschaften bleibt diesen in dieser schweren Zeit nur ein kleiner Teil der gewerkschaftlich durchgebildeten und überzeugten Kollegen treu. Die große Masse meidet die Organisationen, die ja während des Krieges doch nichts durchsetzen können. In bewegenden Worten fordert die Verbandsleitung des Bauarbeiterverbandes in der Juliunter dieses Jahres die Mitglieder auf, der Organisation treu zu bleiben und die Ortsvereine nicht zerfallen zu lassen. Die Zeit nach dem Kriege wird erst recht die Notwendigkeit starker Gewerkschaften beweisen. Auch die noch bestehenden Ortsvereine werden aufgefordert, die Mittelungen über die Tätigkeit und die etwaigen Erfolge der Fachvereine der Verbandsleitung doch mitzuteilen und nicht erst Anfragen aus Paris abzuwarten. Wie ersichtlich, sind es große Schwierigkeiten, die der französische Bauarbeiterverband jetzt durchzumachen hat.

Vom Bau.

Unfälle. Beim Abbruch eines Hauses an der Rheinwerft in Buel stürzte am 1. September eine Mauer ein und riß einen Abbrucharbeiter und einen Maurer mit in die Tiefe. Der Abbrucharbeiter war tot, der Maurer ist schwer verletzt. Er wurde ins Krankenhaus geschafft.

Hypothekenschuldbanken und Hausbesitzer. Bekanntlich will der Deutsche Arbeiterverband für das Baugewerbe Hypothekenschuldbanken errichten und einen Verband deutscher Hypothekenschuldbanken in Form einer Aktiengesellschaft ins Leben rufen. Mit diesem Plane scheint er aber in Hausbesitzkreisen auf Widerstand oder wenigstens auf Feindschaft zu stoßen. In der „Münchener Hausbesitzerzeitung“ macht nämlich die Verwaltung des Grund- und Hausbesitzvereins Nürnberg öffentlich bekannt, daß sie gar nicht in der Lage ist, ihren Mitgliedern eine Beteiligung an dem Unternehmen zu empfehlen, da die Sache noch nicht genügend geklärt ist. Entgeltlich gegen den Plan Stellung nehmen will sie zwar noch nicht, da sie, wie sie sagt, den Gründern des geplanten Unternehmens die Möglichkeit nicht nehmen will, durch weitere Aufklärung für ihren Plan fördernd zu wirken. Einseitigen wollte sie sich bemühen, jetzt weitere Aufklärung über die Sache zu erlangen. Die Stellungnahme der Verwaltung des Nürnberger Hausbesitzvereins ist besonders deshalb interessant, weil der Gedanke der Gründung von Hypothekenschuldbanken ebenfalls von Nürnberg ausging. Hauptförderer des Gedankens ist der Vorstehende des Reichsbundes Deutscher Arbeitervereine, Herr Reichardt, der selbst ein vieljähriger Hausbesitzer und Mitglied des Nürnberger Hausbesitzvereins ist. In Nürnberg Hausbesitzkreisen hält man, wie wir erfahren, die Gründung dieser Schuldbanken für verfehlt und die daran gestifteten Pläne für undurchführbar. Vorstehender des Nürnberger Hausbesitzvereins ist einer der ersten Nürnberger Architekten.

Neue Bauaufträge. In Nr. 29 des „Grundstein“ brachten wir unter dieser Schlagmarke eine kleine Notiz über die Millionenaufträge der Firma Gubernan & Co. in den letzten Gebieten. Wir knüpften daran die Frage, wie sich bei diesen großen Aufträgen wohl die bei der Firma beschäftigten Arbeiter haben würden. Dazu hat uns nun ein Kollege aus Bielefeld geschrieben. Er hat sich Gelegenheit habe, mit den hier beschäftigten Kollegen zusammenzukommen, so habe ich mit die kleine Note gemacht, sie über ihre Lohnverhältnisse auszufragen. Die Firma hat hier ein von den Russen gesprengtes Erdendock und eine Brücke wiederhergestellt. Die Arbeit ist seit etwa neun Monaten im Gange und geht ihrer Vollendung entgegen. Die Arbeitsbedingungen sind folgende: Für aus Deutschland hierher gefahrene Arbeiter, die hier als Kolonnenführer tätig sind, ist der Lohn 11 die Stunde, für Maurer und Zimmerer der Lohn 12, außerdem erhalten sie den Lohn 1 1/20 Verpflegungsgeld. Die Arbeitszeit ist mindestens elf Stunden, jedoch sind auch schon 15 bis 18 Stunden den Tag gearbeitet worden. Die Lebensverhältnisse sind hier fast noch besser als in Hamburg; denn trotz einer gemeindefreien Höhe 8 müssen die Kollegen zu ihrem Verpflegungsgeld von 1 1/20 die Woche noch 10 bis 25 zulegen, um einigermaßen leben zu können. Logisgeld brauchen sie nicht, da sie in einer von der Firma ihnen zur Verfügung gestellten Wohnung gemeinschaftlich frei wohnen. Die Kollegen arbeiten acht bis neun Stunden und arbeiten gewöhnlich 6 Stunden. Außerdem waren etwa sechs Monate lang 50 russische Kriegsgefangene bei der Firma beschäftigt. Wieviel die Firma für diese hat zahlen müssen, entzieht sich meiner Kenntnis; ich weiß nur, daß einige der Gefangenen, die als Schlosser, Schmiede oder Zimmerer beschäftigt wurden, einige Wochen lang von dem leitenden Ingenieur 10 bis 8 Gratifikation erhielten. Dann hat eine Zeitlang auch noch ein Trupp vom Marine-Spezialkommando beim Betonieren gearbeitet. Diese Leute haben von der Firma keine Vergütung erhalten. Deutsche Kollegen sind hier nur sehr wenige gewesen, vielleicht zehn Maurer und sechs bis acht Zimmerleute, dann ein paar Poliere und einige Kolonnenführer, die jedoch größtenteils schon wieder abgereist sind, da die Arbeit so ziemlich fertig ist. Was vorstehendem ist zu erkennen, daß die großen Bauarbeiten auch während der Kriegszeit ihre Millionenverdienenden mit sehr billigen und billigen Arbeitskräften fertigstellen. Die letzten Arbeiter müssen bei trockenem Frost und Wasser ihre Arbeit leisten, da sie andere Lebensmittel bei den teuren Preisen von dem Lohn von 11 3/4 den Tag nicht kaufen können. Und unsere deutschen



Kollegen müssen, wenn sie verheiratet sind und ihre Familien...

Soziales.

Mitgliedschaft von Angehörigenversicherungbeiträgen. Nach der...

Table with financial data for 'Ausgabe in der Hauptkasse' and 'Witzang'.

Abrechnung der Jugendabteilung für das zweite Quartal 1916. Die Revisionen: G. Marks, W. Albrecht, S. Sey.

Table with financial data for 'Abrechnung des Deutschen Bauarbeiterverbandes für das zweite Quartal 1916'.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Interimsbücher und Kriegsmarken. Bekanntmachung werden die Kriegsmarken für die aus dem Militärverhältnis...

„Kasse“ oder „Mitglied“. In der von Dir eingehenden...

Sterbetafel. (Unter dieser Rubrik bedienstet sind alle Todesfälle der Verbandsglieder...)

